

Hainburg 4 apa/12.12.

Utl.: Ruhe in der Au - Totalblockade durch Umweltschützer =

Im Gegensatz zu den beiden vergangenen Tagen herrschte heute in der Donauau östlich von Stopfenreuth Ruhe. Nach Angaben des Konrad Lorenz-Volksbegehrens wird die Blockade der Zufahrtswege in die Au noch umfassender als gestern durchgeführt. An der Besetzung sollen sich heute noch mehr Umweltschützer beteiligen, wobei sich die Zahl durch laufenden Zustrom ständig erhöhe. Zwischenfälle mit der Exekutive habe es bis heute mittag nicht gegeben. Sowohl Umweltschützer als auch die Exekutive warteten offensichtlich auf das Ergebnis der für heute angesetzten Unterredung von Proponenten des Volksbegehrens mit Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz. ++++

Zwtl.: Kohlmaier rät von Arbeiter-Gegendemonstration ab

Die Besorgnis über die Konfliktsituation in der Hainburger Au habe den ÖAAB dazu veranlaßt, von einer Gegendemonstration, wie sie SP-Klubobmann Sepp Wille angekündigt habe, abzuraten, erklärte heute ÖAAB-Bundesobmann Herbert Kohlmaier im VP-Pressedienst. Es sei schon bisher genug Porzellan zerschlagen worden. Deshalb sollte in unserer österreichischen Heimat alles vermieden werden, was den Eindruck gegeneinander aufmarschierender Mächte hervorrufe, stellte Kohlmaier weiter fest.

Zwtl.: Partik-Pable: Ludwig soll Klarheit über Brezovszky-Entscheidungen schaffen

Die freiheitliche Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pable hat heute den niederösterreichischen Landeshauptmann Siegfried Ludwig aufgefordert, endlich Klarheit über die von Naturschutzlandesrat Dr. Ernest Brezovszky getroffenen Entscheidungen zu schaffen. Partik-Pable begründete ihre Forderung damit, daß nicht nur über die Rechtmäßigkeit dieser Entscheidungen, sondern auch über deren objektive Richtigkeit Unklarheit herrsche.

Zwtl.: Zweiter nö. Landtagspräsident: Es wurde nach Recht und Gesetz entschieden

Der zweite Präsident des niederösterreichischen Landtages, Karl Pospischil, betonte heute, bei Hainburg sei nach Recht und Gesetz entschieden worden, "Landesrat Dr. Brezovszky hat korrekt gehandelt". Daran "können auch noch so viele Falschmeldungen und unwahre Behauptungen nichts ändern". Dies müßte respektiert werden, anstatt, "wie es manche Medien tun", die Realität umzukehren und massiv gegen die Institutionen des Staates Stimmung zu machen. (Forts.mögl.)dl/spsp